

Breslauer Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Nr. 790.

Donnerstag, 11. November

(Erscheint täglich drei Mal.)

1875.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 9. November. Der König hat den Forstmeister von Sierakowski zum Forstmeister mit dem Range eines Reg.-Rath's ernannt und dem praktischen Arzt Dr. Beerel zu Sagan den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen, dem Oberlehrer Diemer am Gymnasium in Görlitz ist das Brüderk. Professor betegelegt, am Gymnasium in Görlitz der ord. Lehrer Dr. Paul Reinthalen zum Dozenten befördert, der am Schullehrer-Seminar in Boppard provis. Lehrer Philipp Höfer als Seminarlehrer beim Schullehrer-Seminar zu Kempten definitiv angestellt, der bish. Baummeister Otto Wille in Wiesbaden zum 1. Landbaumeister ernannt und demselben die technische Hülfsarbeiterstelle bei der 1. Regierung, daselbst verliehen worden.

Arnims neueste Publikationen.

Wie bereits mitgetheilt, hat sich Graf Arnim veranlaßt geschen, die Welt durch ein Buch „Pro Nihilo“ aufs Neue mit sich zu beschäftigen. Um den Vorwurf zu entkräften, der ihn abgesehen von allen Strafgebetparagraphen trifft, daß er ein indiskreter Beamter gewesen, der seine Persönlichkeit vor die Interessen des Dienstes gestellt hat, schüttet Graf Arnim, um in den Worten des russischen Reichskanzlers zu sprechen, den Rest dessen, was er noch in seiner diplomatischen Schublade hat, vor dem Publikum aus. In der genannten Schrift sucht er u. A. nachzuweisen, daß der von dem Fürsten Bismarck im März 1873 mit dem Botschafter Gontaut-Biron abgeschlossene, die Evaluation Frankreichs betreffende Vertrag nur durch Arnim ermöglicht worden ist, Fürst Bismarck aber durch Aktionen hinter dem Rücken Arnims es diesem unmöglich gemacht habe, noch größere Vortheile zu erzielen. Mit dieser Angelegenheit beschäftigt sich eine in „Pro Nihilo“ abgedruckte Immediat eingabe Arnims an den Kaiser, de dato Paris, 8. April 1873, aus welcher wir folgende Stellen mitnehmen:

Nach allem diesem, kaiserliche Majestät, steht es fest, daß an irgend einer Stelle die Wahrheit Schifffruch gelitten hat, und Alerhöchsteselben werden nicht ungern aufnehmen, wenn ich unterhänigst bitte, den Ort, wo dies geschehen ist, feststellen lassen zu wollen. Leider kann ich mit dieser Bitte meinen allerunterthänigsten Vortrag nicht schließen. Der jetzige Botschafter Ew. Kaiserlichen Majestät hat alle die Verhandlungen, welche mit Frankreich seit dem frankfurter Frieden zu führen waren, zur Burtriebung der verhandelnden Regierung geführt. Und doch waren diese Verhandlungen schwieriger als diejenigen, welche in der Konvention vom 15. März ihren Abschluß gefunden haben. Wer aber die Telegramme ohne Kommentar liest, welche mir von dem Reichskanzler seit dem 5. März zugegangen sind, wird sich dem Eindruck nicht verschließen können, daß Ew. Kaiserliche Majestät in Paris nicht bloß einen unverläßigen, sondern auch ungemein geschäftsunkundigen Botschafter gehabt haben. — Dieser Eindruck kann durch die Thatsache nur verstärkt werden, daß die Unterhandlungen pünktlich von hier nach Berlin verlegt wurden. — In der That findet sich in dem vorliegenden Altenstück nichts, was die auffallende Ercheinung rechtfertigen könnte, daß der Reichskanzler sich verpflichtet fühlte, in demselben Augenblick, wo ich hier mit der französischen Regierung ein vollständiges und den Intentionen Ew. Majestät entsprechendes Einverständnis erzielt hatte, mit dem französischen Botschafter zu verhandeln und die Unterzeichnung nach Berlin zu verlegen.

Im weiteren Verlauf des Schreibens heißt es:

Ich würde nicht einmal gewagt haben, Ew. Majestät von Dingen zu unterhalten, welche theilsweise nur eine persönliche Bedeutung haben, wenn ich nicht durch den Fürsten von Bismarck selbst gezwungen worden wäre, dieselben in einem Immediatbericht an Ew. Majestät Kenntnis zu bringen. Denn bereits am 15. März, als der Reichskanzler mir auf telegraphischem Wege mitteilte, daß er die Konvention mit dem französischen Botschafter abgeschlossen habe, stellte er mir nähere Eröffnungen in Aussicht. Dieselben sind bis jetzt ausgeblieben. Dagegen ist zu meiner Kenntnis gekommen, daß der Reichskanzler sich auch jetzt noch gegen Adare dabin ausspricht, daß es mir im Auftrage Ew. Majestät erhaltenen Instruktionen nicht ausgeführt habe. Andererseits ist das französische Publikum von den Ausfassungen des deutschen auswärtigen Amtes durch berliner Korrespondenzen hiesiger Journale unterrichtet worden, von denen es beispielweise eine Korrespondenz des „Temps“ bezulegen nicht verfügt. Ähnliche Korrespondenzen sind im „Moniteur“, im „Français“ und in der „Gazette de France“ erschienen. Auch hat Herr von Remusat sich angelebt sein lassen, den Ursprung dieser Mittheilungen aufzufinden, welche Thatsachen behaupten, die hier für unrichtig gehalten werden, die aber mit demjenigen übereinstimmen, was nach der Korrespondenz zwischen dem Reichskanzler und mir die Ansichten des Ersten zu sein scheint. Ein solcher Zweitthal der Meinungen, wie er somit evident zu der Kenntnis des französischen Publikums gebracht wird, kann ohne Nachtheil für den kaiserlichen Dienst nicht vorbestehen.

Ich gestatte mir daher, Ew. kais. l. l. Majestät allerunterthänigst die wiederholte Bitte zu stellen, daß Alerhöchsteselben geruhet mögen, eine Untersuchung darüber anzuordnen, ob und durch wen der Wahrheit in dieser Angelegenheit Gewalt angelhan worden ist, ob ich irgend einem Punkte meiner Instruktionen nicht nachkommen bin, und ob mich nach den Traditionen der Diplomatie ein Vorwurf trifft, welcher die mir widerfahren schwere Schänkung rechtfertigt.

Ich bin mir bewußt, daß mich die Grundsätze der Vorsicht unter gewöhnlichen Verhältnissen verpflichten würden, dem Reichskanzler anzuseigen, daß ich dies allerunterthänigste Schreiben an Ew. Kaiserl. Majestät gerichtet habe. Aber ich kann mir nicht verhehlen, daß ich dadurch Ew. Majestät erzürnen würde, die Sache auf einem Wege zu erledigen, welchen Ew. Majestät in Ihrer Weisheit vielleicht für geeigneter halten, das Interesse des kaiserlichen Dienstes und die Würde der höchsten Beamten zu schützen, als die von mir erbete Untersuchung, wenn ich einen solchen Weg nicht zu sehen vermag. Ich stell' daher Ew. Kaiserl. Königl. Majestät anheim, mit meinem Schreiben nach Alerhöchstem Gutachten gründlich verfahren zu wollen, und wage nur die Versicherung auszusprechen, daß mir die Mittheilung an den Reichskanzler nur erwünscht sein kann. In tieffster Ehrfurcht

(21) Arnim.

Als die merkwürdigsten der so veröffentlichten Altenstücke heben wir den Immediatbericht des ehemaligen Botschafters an den Kaiser vom 8. Juni 1873 und den darauf bezüglichen Erlaß

des Reichskanzlers vom 17. Juni 1873 heraus. Der erste lautet vollständig:

Paris, den 8. Juni 1873.

Allerdurchlauchtigster Großmächtigster Kaiser und König,

Gestern habe ich dem Marschall Mac Mahon sowohl meine neuen Kreditive wie die Allerhöchste Antwort auf das Notifikations-Schreiben übergeben. Der Marschall, welcher noch in seiner Privatwohnung in der Rue de Grenelle in Versailles wohnte, erschien mich, Euer Majestät die Sicherung zu wiederholen, daß er für seine Aufgabe ansiehe, die jetzt „dans ce moment“ bestehenden guten Beziehungen zu Deutschland zu pflegen — daß er der wohlwollenden Aufnahme eingewesen sei, welche er als Rüstungsbotshafter in Berlin gefunden. Ebenso sei er dankbar für die ehrenvolle Behandlung, die ihm während seiner Gefangenschaft in Deutschland zu Theil geworden sei. Der Marschall erzählte mir bei dieser Gelegenheit, daß ihm nach Sedan freigestellt worden sei, zu gehen, wohin er wolle. Er wäre, wenn ich nicht irre, in der ersten Zeit in Givet geblieben. Nachdem er wieder transporthfähig geworden, hätten sich bei ihm zwei Bataillone französischer Infanterie eingefunden, um ihn fortzubringen. Die Verfolgung, ihnen zu folgen, wäre groß gewesen, und man hätte ihm, da er frei von allen Versprechungen gewesen sei, streng genommen seine Fuchts nicht vorwerfen können. Aber er habe doch geglaubt, auf die ihm zu Theil gewordene Behandlung mit noch größerer Skrupulosität antworten zu müssen, und die beiden Bataillone fortgeschielt.

Der Marschall stützte hingegen, daß dieser Zwischenfall Niemand bekannt sei. Der Empfang, welcher in sehr einfacher Weise vor sich ging, war aber doch wesentlich verschieden von der ganz formlosen Art des Herrn Thiers. Der Marschall war in Uniform, empfing stehend in Gegenwart seines Ministers und entlich mich in der Weise seines Souveräns. Ich habe wenig Franzosen gesehen, die so wenig einem Franzosen ähnlich sehen, wie der Herzog von Magenta.

Wenn die Nationalversammlung und seine Minister geglaubt haben, in ihm eine willenslose Maschine zu bestimmen, so dürfen sie unangenehme Erfahrungen machen. Besonders ist diese trockne, einfache, nicht diskutirende Art mehr geeignet, die Franzosen zu regieren, als der Geist seines Vrängers. Unter allen Umständen sind die Beziehungen, welche sich hier entwickeln, eine der eigenhümlichsten Erfahrungen der Geschichte.

Die Abkömmlinge aller Dynastien, welche in Frankreich regiert haben, können, ohne daß irgend Jemand sie in ihrer Freiheit beschränkt, auf französischem Boden wohnen. Ihre Anwesenheit wird keine Umlaufung hervorruhen, ihre Abwesenheit wird nicht als ein Unglück empfunden werden. Wenn Heinrich V. heute in Chambord residiren wollte, würde er für 14 Tage Verwunderung verursachen. Eine gewisse tiefe Erregung könnte allenfalls durch das Erscheinen Napoleons des Zweiten hervorgerufen werden. Der geistreiche Mann aber, von dessen Leben gestern noch Alles abhängen schien, ist tief verstimmt, allen Einfluss baar in einem kleinen Entrosel. Mit Wille und Missbehagen gewährt man ihm die Beweise von Achtung, welche man ihm schuldig ist. Er hat nicht aufgehört, populär zu sein, aber er ist im Begriffe, vergessen zu werden. Das ganze öffentliche Leben konzentriert sich auf's Neue nicht in dem Interesse für principielle Lösungen, sondern in einem einzigen Manne, welchem zum Kaiser nichts fehlt als der Name und wahrscheinlich auch der Wunsch.

Gute Soldaten ähnlichen Schlages haben in den letzten Zeiten des römischen Reiches die forschende Deladen; um einige Jahre aufzuhalten. Nach welcher Richtung sich diese ganze Situation entwickeln wird, ist ganz unmöglich zu sagen. Für den Augenblick bleibt es dabei, daß die Bonapartisten, wie ich in einem früheren Berichte erwähnte, den palpablen Vortheil durch die neue politische Lage erzielt haben. Vor 14 Tagen noch war es kaum anständig, sich mit einem Anhänger der gefallenen Dynastie öffentlich zu zeigen: „C'étaient des lèpreux.“ Heute entspricht es der Situation, die Verbindung mit dem General Fléury und Herrn Rouher zu pflegen und sich ihrer zu rühmen.

Dennoch sind sie nicht Herren des Terrains. Sie können es erst werden, wenn die Fusion sich definitiv als unmöglich erweist. Die Grundlage, auf welcher sie beruhen soll, ist das Produkt orleanistischer Intrigue. Es soll ein Verfassungs-Entwurf vorgelegt werden, welcher die Tricolore beibehält und daher für Heinrich den Künsten inakzeptabel ist — Lebt derselbe die Krone unter solchen Bedingungen ab, so soll der Graf von Paris ihn — wahrscheinlich ohne den legitimen König zu fragen — bis zum Tode feststellen als Regent vertreten. Man hofft auf diese Weise das Legitimitätsprinzip mit den Thatsachen zu verschönern, welche es aufzuheben. Um diesen Plan und die damit in Zusammenhang stehende Politik vorzubereiten, werden in diesem Augenblick Versuche gemacht, einen Theil des linken Zentrums, welches zu der Minorität vom 26. Mai gehört, von demselben loszulösen und dem rechten Zentrum hinzuzufügen. Auf diese Weise würde das bonapartistische Kontingent, welches Herrn Thiers hat stützen helfen, wieder entstehen und könnte über Bord geworfen werden.

Man versichert mich und ich glaube es gern, daß ein großer Theil des Zentrums bereits auf diese Brücke getreten. Ein Portefeuille, welches gegenwärtig von einer legitimistischen oder orleanistischen non-valeur aufbewahrt wird, soll jene ewig schwankende Partei an die Regierung fesseln. Ew. Kaiserl. Majestät werden Alerhöchsteselbst den Eindruck haben, daß der soeben entwickelte Plan aus hundert Gründen, welche auf den ersten Blick ins Auge fallen, und aus einigen andern, die verborgen sind, noch am Vorabend der Ausführung scheitern kann. Den Graf von Paris würde vom Lande ohne Entrüstung ablegen, aber auch ohne Widerstreben akzeptirt werden. Seine Individualität würde indessen für die Herstellung einer sicherer politischen und sozialen Ordnung keine Garantie geben. Man wird ihm andererseits vor, zu viel deutsches Wesen an sich zu haben. Von allem klerikal Beigeschmack ist er frei. Wie dem auch sei — Eine der dynastischen Lösungen, mit denen sich die Parteien beschäftigen, würde dem monarchischen Prinzip in Europa zu Gute kommen. Wenn man auf den Grund der Dinge sieht, findet man, daß es sich um ganz andere Interessen handelt.

Die monarchischen Parteien sind, mit Ausnahme der legitimistischen Heilsparte, mehr darauf bedacht, ihr Eigenthum vor den Petroleurs und ihre Köpfe vor der Guillotine zu schützen, als auf die Einführung der monarchischen Staatsform. Letztere ist für sich, ebenso wie die klerikale Politik, ein Mittel zum Zwecke. Jede Nuance der Monarchisten bleibt aber zunächst mit Vorliebe bei einer Kombination stehen, welche die konserватiven Interessen unter das Protektorat einer Person stellt, die einer der früher regierenden Familien angehört. Jedoch im letzten Augenblick dürfte nur die Rückstift auf die Gaenschen der Person und die Notlage den Ausschlag geben. Die Chancen, welche alle drei Dynastien zusammen haben, werden aufgewogen durch dienigen, welche der im Moment der Entscheidung regierende General hat oder haben will.

Postkarte 20 Pf. die abgesandte Seite oder deren Raum, welchem verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen, 7 Uhr erscheinende Rundschau bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Annoncen-Annahme-Bureau's:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Parke & Co. —
Haasenstein & Vogler, —
Rudolph Kose.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidenbank.“

Alle die Wahrscheinlichkeitsrechnungen, welche in Bezug auf die Aussichten einer oder der anderen Dynastien ansetzt werden, werden unthier gemacht durch die Möglichkeit, daß die Thatsache Mac Mahon von einer anderen in litürigen Thatsache abgelöst wird. Daher, wenn die Nachbarn Frankreichs auch ein, wie ich glaube, sehr wesentliches Interesse daran haben, daß dieses Land von radikalen und klerikal Kreuzfahrern nicht aufs Neue zum Ruhestörer gemacht werde, und wenn auch in dieser Beziehung eine Solidarität der konserватiven Interessen wirklich besteht, so liegt doch bis jetzt kein Grund zu der Annahme vor, daß das monarchische Prinzip in Europa eine wesentliche Stütze erhalten würde, wenn ein Mitglied der alten Dynastie auf den Thron gelangte. Es liegt mithin auch kein Anlaß vor, sich für eine oder die andere dynastische Lösung zu interessieren, oder ihr auch nur innerlich eine besondere Sympathie zuzuwenden. Jede Regierungsform wird voraussichtlich in den nächsten zwanzig Jahren von Komplikationen奴 gebunden zu leben suchen, um den an Frankreich begangenen „Raub“ zurückzufordern, keine Regierung wird zum Kriege treiben, wenn sie nichtteste Alianzen hat. Nur eine radikale oder ganz wahnhaft ultramontane Regierung könnte auch ohne Alianzen den Frieden fören, weil sowohl die eine wie die andere auf Freunde im feindlichen Lager rechnet.

Die beste für uns wird immer diejenige sein, welche den größten Theil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwendet muß.

In tieffster Ehrfurcht &c.

Eine Antwort auf dies Schreiben erfolgte nicht. Dagegen richtete der Fürst Bismarck am 19. Juni 1873 an den Grafen Arnim das folgende Schreiben, welches zu den sogenannten Konfliktsäulen gehört, aber bei dem Prozesse nicht zur Verlesung gekommen ist:

Nr. 103. Berlin, 19. Juni 1873.

Ew. Excellenz haben in dem Immediatberichte Nr. 52 vom 8. dieses Monats an Se. Majestät den Kaiser und König die Ansicht motiviert, und am Schlusse desselben ausdrücklich ausgeprochen, daß die beste Regierung in Frankreich für uns immer diejenige sein würde, welche den größten Theil ihrer Kraft auf die Bekämpfung ihrer inneren Feinde verwenden müsse.

Nachdem Ew. Excellenz schon in einem Bericht vom 27. vorigen Monats über die neue Regierung sich dieser Auffassung genähert hat, darf ich hieraus den Schluss ziehen, daß sich Ew. Excellenz selbst nunmehr die Nichtigkeit der Einwendung aufgedrängt hat, welche ich gegen die in Ihrer früheren Berichterstattung ausgeschlagene Beurteilung französischer Zustände bei Seiner Majestät erfolglos zu befürworten wiederholt verlangt war.

Ew. Excellenz haben in einer achtmonatlichen Berichterstattung eine entgegengesetzte Auffassung festgehalten und bei Seiner Majestät zur Geltung gebracht; dieselbe, wenn sie den legitimen und nach Ew. Excellenz eigenen Geständnis für uns nicht vortheilhaft Regierung noch nicht geradezu herbeigeführt, hat denselben zum mindesten erleichtert, indem sie meine Beweisungen um die Erhaltung des Herrn Thiers und seiner mit immer größerer Schwierigkeit kämpfenden Regierung lähmte und hierdurch den Nachfolgern desselben die Errichtung seines Sturzes erleichterte.

Die von Ew. Excellenz wiederholt geltend gemachte Ansicht, daß die Entwicklung der Dinge in Frankreich unter der Leitung des Herrn Thiers dem monarchischen Prinzip in Europa gefährlich werden müsse, hat bei Seiner Majestät in so weit Anfang gefunden, daß Alerhöchsteselbe die Unterstützung dieser Regierung nicht in dem Maße für geboten halten, als es meines Erachtens aus den Gründen, welche Ew. Excellenz selbst am Schlusse ihres Immediatberichts vom 8. d. M. anführen, der Fall war. Die Befriedigung, welche sich bei allen unseren politischen Gegnern sofort nach dem Sturze des Herrn Thiers offen gezeigt hat, ist ein vorläufiger Beweis für die Nichtigkeit der Politik, die ich als verantwortlicher Rathgeber Seiner Majestät gegen Ew. Excellenz Rathscläge vergebend befürwortet habe. Der durch Ew. Excellenz hier geübte Einfluß hat mir nicht erlaubt, Ihnen die bestimmt Wollung zu ertheilen, daß ganze Gericht unter Ihrer Politik für die Erhaltung des Herrn Thiers einzufügen und diesem Umstande ist, wie Excellenz nicht erkennen werden, die leichte und ungehinderte Durchführung des Regierungswechsels zum großen Theil zuschreiben.

Nachdem die Färbung Ihrer Berichte seit acht Monaten im Geigen mit der von mir bei Sr. Majestät vertretenen Richtung in Bezug auf unsere Politik in Frankreich gestanden, und mir durch den bei Sr. Majestät gefandenen Anfang die wirkliche Unterstützung des Herrn Thiers unmöglich gemacht hat, befindet ich mich in der Lage, die Verantwortung für diese politischen Fehler und die sich daraus ergebende Situation auf meine Rechnung zu nehmen, obwohl ich nach den Anstrengungen, die ich in der entgegengesetzten Richtung unausgesetzt zu machen habe, mich hierzu nicht verpflichtet halten kann.

Eine Einwirkung, wie sie durch Ew. Excellenz Berichterstattung im Widerspruch mit der von mir befolgten Politik auf Seine Majestät geübt worden ist, hat nicht mehr den Charakter einer gefandtschaftlichen, sondern der einer ministeriellen Thätigkeit. Dieselbe tritt in Kombination mit der legitimistischen Wollamkeit des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und ist dieses staatsrechtlich ebenso unberechtigt, als in ihren Folgen für das Land gefährlich!

Ew. Excellenz fehlt es nicht an den gesuchten Kräften und an der Muße, welche Sie verwenden können, um bei Seiner Majestät schriftlich und mündlich eine andere Politik als die des verantwortlichen auswärtigen Ministers zu befürworten.

Meine Kräfte sind durch ernste, verantwortliche und erfolgreiche Arbeit im Alerhöchsten Dienst erprobpt, und ich kann die Anstrengung nicht mehr leisten, welche erforderlich ist, um neben meinen regelmäßigen Dienst geschäftsmäßig im Kabinette Seiner Majestät den Kampf gegen den Einfluß eines meiner Politik widerstreben Botschafters zu führen.

Da ich nach Ew. Excellenz Berichten aus der letzten Zeit glaube annehmen zu dürfen, daß Sie sich ebenfalls der Einsicht der Schwierigkeiten nicht verschließen, die sich aus dieser Sachlage für den Dienst Seiner Majestät ergeben, so werden Ew. Excellenz es motiviert finden, wenn ich Anträge an Seine Majestät den Kaiser richte, welche meines Erachtens notwendig sind, um die Einheit und Disziplin im auswärtigen Dienste zu erhalten und die Interessen Seiner Majestät und des Reiches vor verfassungsmäßig unberechtigter Schädigung sicher zu stellen.

(21) Bismarck.

Zur Lage in Bayern.

Wie die berliner „Volkszeitung“ berichtet, hielt der Abgeordnete des dritten Berliner Reichstages, Herr Herz, der gleichzeitig auch Mitglied des bairischen Landtages ist und deshalb als ein kompetenter

Kenner der politischen Zustände seines engeren Vaterlandes gelten darf, am Freitag Abend im Luisenstädtischen Bezirksverein vor einem Theile seiner Wähler einen Vortrag über die jüngste Krisis in Bayern. Die Vorgänge vor und während des Königlichen Adressensturms als bekannt vorausgehend, bezeichnete Redner als das einzige erfreuliche Moment in der ganzen Katastrophe die klare und hläufige Antwort des Königs: „Ich will nichts zu thun haben mit den Ultramontanen!“ Diese Antwort sei um so erfreulicher, als sie alle die in den letzten Monaten fühllich erzeugten Zweifel an der Reichstreue des Königs vertheucht; aber trotzdem wäre es thöricht, wenn man sich der Utopie hingebe, es werde nun auch das so lange ersehnte goldene Zeitalter für Bayern hereinbrechen. Von den gegen die Ablehnung der Adresse durch den König erhobenen konstitutionellen Bedenken könne man zur Zeit absehen; allein man dürfe sich doch auch nicht der Erwagung verschließen, daß später einmal eine Abreise der liberalen Partei dasselbe Schicksal haben könnte. Die allgemeine Erwartung, die nächste Folge der Nicht-Acceptation der Adresse werde die Auflösung der Kammer sein, wurde getäuscht, und wenn man diese Unterlassung damit zu motiviren sucht, daß durch die bevorstehende Volkszählung die liberale Partei möglicherweise einige Stimmen gewinnen könne, sei doch anderseits auch die Befürchtung nicht ausgeschlossen, daß mittlerweile der Eindruck der königlichen Worte sich verflüchtige, ja daß die Liberalen noch einige Stimmen einbüßen. Eine andre Befürchtung, die Kammer würde gar nicht aufgelöst werden, in der Hoffnung, es möchten einige ultramontane Abgeordnete „wurmstichtig“ werden und damit die ultramontane Majorität sich in einer großen Minorität verwandeln. Unter solchen Umständen sei es um die Zukunft der politischen Entwicklung des Landes freilich sehr übel bestellt, die Gesetzgebung hänge davon ab, ob hüben oder drüben ein Abgeordneter Leibschmerzen bekomme, und daß die gegenwärtigen Minister sich plötzlich zu männlichen und entschiedenen Entschließungen aufrufen könnten, sei schwer anzunehmen. Die bairischen Bischöfe seien daran gewöhnt, das königliche Blotz mit Füßen zu treten, und noch jüngst habe ein bairischer Bischof ein direktes königliches Verbot bekämpft, ohne daß etwas danauf erfolgte. Das sei ganz begreiflich, wenn man die notorische Thatsache ins Auge fasse, daß unter dem Ministerium nur mehr Klöster entstanden als unter irgend einer andern bairischen Regierung, selbst diejenige König Ludwigs I. nicht ausgenommen. Eine gesunde Entwicklung könne nur durch eine zweite Krise herbeigeführt werden; die Liberalen nämlich würden voraussichtlich nur dann zu Kraft und Stärke gelangen, wenn das Volk die Segnungen einer ultramontanen Regierung durchgeföhrt habe und dadurch zur Erkenntnis gekommen sei. Unter dem starken Arm des Reiches werde ein soches Gouvernement hoffentlich von niemand zu langer Dauer sein. Wäre es der bairischen Regierung wirklich Ernst mit der liberalen Richtung, dann hätten sie schon in den Tagen von Sedan das Abgeordnetenhaus aufzulösen müssen, als damals das ganze bairische Volk liberal zum Reichstag wählte; aber das Ministerium habe dies nicht getan, weil es wohl gewußt, es werde von einer liberalen Majorität bald ganz fortgeräumt werden; und müsse die liberale Partei ganz gegen ihren Willen das Ministerium flüchten, um den Ultramontanen gegenüber nicht ganz wehrlos zu sein. Auf die Frage, wie sich das bairische Volk einem ultramontanen Ministerium gegenüber stellen würde, waches das deutsche Reich in Frage zu stellen drohe, antwortete Herr, vorausichtlich würde jedes ultramontane Ministerium ebenso wie jedes liberale die Reichstreue für sich in Anspruch nehmen, schon aus Klugheitsrücksichten, da ein Kampf gegen das Reich doch nicht von Erfolg sein könnte. Es liege auch gar nicht in der Absicht des Ultramontanen, ein streng ultramontanes Ministerium herzustellen, sie wünschen vielmehr eine für sie ungünstige Mischung mit liberalen Elementen, die Sigl einmal mit „Sammelschmarren“ bezeichnete. Das wäre allerdings das Schlimmste, denn dadurch wäre die Gefahr nahe gerückt, daß die bestehenden guten Gesetze durch schlechte ersetzt werden. Das eine aber steht fest, daß keine ultramontane Regierung in Bayern so unklug sein werde, daß deutsche Reich zu negieren oder auch nur eine illogale Haltung zu demselben einzunehmen. — Wie man aus diesem Abriss des mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrags erschien wird, war unsere mehrfach darlegte Ansicht über die bairischen Verhältnisse der Sachlage vollkommen entsprechend.

Deutschland.

△ Berlin, 9. November. Der sensationelle Gegenstand des Augenblicks ist das Wiederhören der, wie man glaubte, schon der verdienten Vergessenheit übergegangenen ehemaligen deutschen Botschafters Grafen Arnum. Wenn noch ein Zweifel darüber obwalten könnte, welchen Ursprung die soeben in Zürich erschienene Füllschrift „Pro nihilo!“ habe, so hört jede Unklarheit darüber auf, wenn man sieht, wie gleichzeitig eine Reihe von Blättern, welche Arnum bisher immer als seine Organe benutzt hat, in derselben Richtung wie jene Schrift vorgeht. Der Titel der Broschüre ist mit großem Geschick gewählt, denn Graf Arnum scheint in der That seine Sache auf Rechts gestellt zu haben. Nachdem er seinen Prozeß nicht bloß durch den Richterspruch in drei Instanzen, sondern auch durch das vollständige Verdikt der öffentlichen Meinung in Deutschland und ganz Europa verloren hat, tritt er nochmals mit indiskreten Mittheilungen und scharf gewürzten Schmähungen vor die Öffentlichkeit. Nochmals unternimmt er es, in retrospektiven Betrachtungen sich als den Rivalen und seinerzeit unzweifligen Nachfolger Bismarcks hinzustellen. Man kann aber mit Sicherheit voraussetzen, daß der richterlich und durch die öffentliche Meinung Verurteilte durch sein neues Auftreten seiner Sache noch mehr schadet. — Lebzig ist nicht zu vergessen, daß Graf Arnum als Botschafter zur Dieposition gestellt ist und in dieser Stellung immer noch der Disziplinarbefugnis des Auswärtigen Amtes unterliegt. — Die schon wiederholt zurückgewiesenen Gerichte über den unmittelbar bevorstehenden Rücktritt des Kriegsministers von Kameke haben ein überaus zähes Leben. Gerade mit derselben Bestimmtheit und mit dem Hinweis auf den ganz nahen Termin des Rücktritts lebt die Nachricht nun schon seit länger als einem Vierteljahr fast jede Woche wieder, ohne aber an Wahrscheinlichkeit gewonnen zu haben. Es kann wiederholt versichert werden, daß an einem unmittelbar bevorstehenden Rücktritt des gedachten Ministers nicht gedacht wird. — Aus der Anwesenheit des Oberpräsidenten v. Möller hat man auf den Plan einer gänzlichen Umgestaltung des Verwaltungswesens in Elsaß-Lothringen schließen wollen. Der hohe Beamte ist jedoch nur hier eingetroffen, um an den Berathungen des Bundesraths über den Etat von Elsaß-Lothringen teilzunehmen, was von allen Seiten bekanntlich als wünschenswerth bezeichnet worden war. Einer anderenweiten Erklärung bedarf seine Anwesenheit nicht.

△ Berlin, 9. November. Der gefriige Leitartikel der „Post“ macht in Reichstagskreisen großes Aufsehen. Ihre Leser finden vielleicht nunmehr meine vorgezogene Auslassung „Zur politischen Situation“ weniger schwärmerisch als sie auf den ersten Blick erscheinen könnten.* Der Artikel der „Post“ kündigt sich als Einleitung einer ganzen

* Um unsere Leser in den Stand zu setzen, sich in der Sache selbst ein Urteil zu bilden, geben wir den Artikel der „Post“ nach Weglassung der Einleitung hier wieder. Das Blatt schreibt: „Wir haben uns mit der schützöllerischen Bewegung oft genug beschäftigt, um zu wissen, daß sie besteht. Allein wir glauben nicht daß demand der Regierung ernstlich die Absicht beigelegt hat, in die

die gegenwärtige Situation kennzeichnenden Serie an und kann deshalb nicht als ein zufälliges „Eingesandt“, dem das offiziöse Dementi vielleicht auf dem Fuße folgt, angesehen werden. Man hat vielmehr Ursache anzunehmen, daß der Artikel nicht etwa blos die Ansichten der Herren v. Kardorff oder Stumm wiedergibt, sondern wenn auch nicht in allen Einzelheiten, so doch in seiner Gesamthaltung höheren Ursprungs ist. Der Verfasser ärgert sich offenbar ebenso über die tatsächlich bestehende Einigkeit der gesamten liberalen Partei, wie über die Kaltblütigkeit, mit welcher die nat.-liberale Partei den etwaigen Angriffen der Regierung entgegensteht. Der Artikel kennzeichnet sich augleich als der letzte vergebliche Versuch einer Teilung der liberalen Partei. Indez die Abrüstungsfrage ist zufällig nicht in Blättern der Fortschrittspartei, sondern in der „Kölner Zeitung“ erörtert worden und die „frevelhaften“ Rathschläge der Fortschrittspartei, gegenüber großen Überschüssen nicht neue Steuern zu bewilligen, entprangen finanziell-politischen Grundsätzen, die nicht gerade der Fortschrittspartei, nicht einmal allein der liberalen Partei, sondern allen denen gemeinsam sind, welchen es um eine ordentliche geregelte Finanzwirtschaft zu thun ist. — Es ist übrigens gegründete Aussicht vorhanden, daß noch vor der ersten Berathung des Etat zwischen den liberalen Parteien eine völlige Einigung über die dem Budget und den Steuervorlagen gegenüber einnehmende Haltung erzielt werden wird. — Die Regierung hat alle Ursache, sich zum Ergebnis der Provinziallandtag zu beglückwünschen. Sind die Wahlen in Schlesien eine Schattierung weniger konservativ ausgefallen, als man erwartete, so haben dagegen Brandenburg, Pommern und Sachsen desto konserватiver gewählt. Die Wahl der Landesdirektoren im Januar 1. J. wird den Charakter der Versammlungen genügend kennzeichnen. Die Stadt Berlin ist so glücklich, mit der Provinz Brandenburg nichts mehr gemein zu haben. Der Majorität des Abgeordnetenhauses, welche den neuen sog. Verwaltungsreformgesetzen zustimmt, wird in der sich nunmehr wieder der Leitung von Lasler erfreuenden BAC (Berl. Auto Jr. Korrespondenz) derb der Text gelesen, daß sie es gestalte, das oberste Verwaltungsgericht bis 1880 durch Mitglieder in Nebenamt zu besetzen. (Brgl. unsere Mittwoch-Morgenzeitung.) Nach den neuesten Ernennungen ist diese zum obersten Wähleramt über das öffentliche Recht berufene Behörde kaum als etwas anderes denn eine Kommission von Ministerräthen anzusehen. — Unter den aus dem Dispositionsfonds des ausswärtigen Amtes 1874 geleisteten Zahlungen befinden sich laut der Reichstag übergebenen Nachweisung hau 763 Thlr. „Kosten des für den früheren amerikanischen Gesandten Bankost als Geschäft bestimmt Portraits Sr. Majestät des Kaisers und der Verpackung desselben.“ — Die vereinigten vier berliner Kreissynoden haben gestern einen Entwurf betreffend die Bildung einer Stadtsynode Berlin gutgeheissen, welcher auf den Liberalismus des diese Synoden beherrschenden Protestantvereins ein eigentliches Licht wirkt. Während der Protestantverein im Übrigen ebenso wie der Landtag den Kreissynoden in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung — über ein Drittel Geistliche — nicht einmal die durch die allgemeine Synodalordnung ihnen zugesprochenen geringen Befugnisse einzuräumen will, beanspruchen seine Mitglieder

schutzzöllerische Bahn einzuladen. Bezuglich der Regierung kann allein die Frage sein, ob sie bewogen werden kann, den Termin der Ablösung der Eisenzölle über das Jahr 1876 hinauszurücken, bezüglich die Hinauszölung zu befrüchten. Nun ist es eine unbillig solche Befürchtung, daß in der Empfehlung einer solchen Hinauszölung die grundäßliche Annahme der Schutzzöllerpolitik liege. Es handelt sich ganz allein um die Frage, ob es ratsam ist, den gefährlichen Wühleren des Ultramontanismus in den westlichen Provinzen eine Armee von tausenden brotloser Arbeitern am 1. Januar 1877 als Hilfskorps zuzuführen. Wenn jemand eine Bahnoeration durch den Chirurgen beschlossen hat, und der innere Arzt verordnet auf denselben Tag ein Brotmittel, so ist es doch sonderbar, wenn wohlmeintende Freunde den Patienten mit Vorleseunten über den Fehler bestürmen, hohle Bähne im Munde zu halten. Es handelt sich nicht um einen Grundsatz sondern um die Opportunität der Stunde.

Einen weit schwereren Fehler begehen aber die Sanguiniker von gestern, wenn sie mit dem Triumph über die Schutzzöllerpolitik die weit wichtigere Aufgabe der Reichsfinanzen dem Auge der öffentlichen Meinung verbrechen. Es handelt sich nicht um ein nothdürftig herzustellendes Gleichgewicht des nächstjährigen Budgets, sondern es handelt sich um die rechtzeitige Aufstellung eines Systems der Finanzpolitik, welches im Stande ist, den unerbittlich an die Reichsfinanzen herantretenden großen Forderungen zu genügen. Man weiß, daß es eine Partei im Reichstag gibt, deren Führer oft genug aneinandergefecht hat, man müsse die Reichsregierung aus der günstigen Lage bringen, Überschüsse zu haben, man müsse die Regierung vielmehr durch knappe Bewilligungen auf kurze Fristen kurz halten und dadurch vom Reichstag abhängig machen. Der Gegenzug dieser beiden Systeme wird in dieser Session wenn noch nicht zum Absatz, doch eindringlicher als bisher zur Sprache kommen. Man hat neuerdings von national-liberaler Seite das nahe Verhältnis zur Fortschrittspartei wieder vielfach betont. Die Fortschrittspartei sieht die Ansicht wachsen, ihre Behandlung der Reichsfinanzpolitik zur Geltung zu bringen. Aber mit dieser Behandlung ist eine große Reichspolitik nicht möglich, und es ist eine vergebliche Annahme, die schwerlich auch nur ernstlich gemeint sein kann, der Träger unserer großen Reichspolitik werde jene Behandlung der Reichsfinanzen seinerseits annehmen. Es fehlt denn auch nicht an Stimmen, welche räthen, man solle es nur ohne den Reichskanzler verlassen; wenn die Gefahr da werde er doch wiederkommen. Wir vermissen uns nicht, die individuelle Meinung des Reichskanzlers über die Pflichten des Patriotismus zu kennen. Aber wir wissen, daß die allgemeine Pflicht, einem Volke das mutwillig sich frevelhaften Rathschlägen anvertraut und seine Angelegenheiten verdickt, in der Stunde hoffnungsloser Gefahr beuspringen, aus dem Wesen des Patriotismus nicht bergeleitet werden kann.

Wir dürfen nicht zurückhalten mit unserer Meinung, daß die neuen Steuervorschläge uns zwar nicht so bedenklich seien wie denen, die am meisten davon getroffen zu werden Ansicht haben, daß die Vorschläge uns aber auch wenig geeignet vorkommen, die Lösung der großen Frage nach dem richtigen Finanzsystem auch nur anzubahnen. Diese Steuern werden im besten Falle die Unzufriedenheit in den befreundeten Kreisen erregen und dafür einen sehr geringen Beitrag bringen. Wir sind dennoch weit entfernt, die Verwerfung derselben ohne Weiteres zu empfehlen. Wir sagen vielmehr: wenn der Reichstag diese Steuern zu bewilligen bedenkt tritt, so darf er sich nicht mit der Ablehnung auf Grund eines nothdürftig herzustellenden Gleichgewichts im nächsten Budget begnügen, sondern er muß Vorschläge zu einem wirklichen Finanzsystem, wenn nicht in Form von Anträgen, doch durch den Mund der bedeutenderen Parteiführer zu machen wissen. Weil die Thronrede von dem gesuchten Frieden gesprochen, so meinen die Fortschrittsältester, sei es an der Zeit, die Beschränkung der Heeresausgaben auf die Tagessordnung zu setzen. Mit der Befolgungs dieses weisen Rathes würde freilich die Lage morgen wieder kriegerisch werden.

Man sieht, an Schwierigkeiten fehlt es nicht, die verlangen, daß man ihnen einstlich ins Auge blicke mit dem Vorfaß, ihnen nicht aus dem Wege zu gehen, sondern sie zu besiegen. Und wir haben bei Weitem noch nicht alle Schwierigkeiten beleuchtet, eine Aufgabe, der wir noch weiter nachzukommen haben.*

hier, wo sie selbst die Mehrheit haben, der Landtag solle durch ein Spezialgesetz den zu einer Stadtsynode verbundenen Kreissynoden für Berlin Rechte einräumen — u. A. auch das Recht Kirchensteuern aufzuschreiben — wodurch die Einzelgemeinden Berlins, ihre Kirchenräte und Vertretungen ihrer neu errungenen Selbstständigkeit nahezu wie der gänzlich entkleidet und wesentlich zu ausführenden Organen der Stadtsynode herabgedrückt werden würden. Prof. Hirschius, der kirchenrechtliche Berater von Fall, ist der Verfasser des seltsamen Entwurfs, der zum Gesetz erhoben, mit dem Steuerbewilligungsrecht fast das gesamte Kirchenbudget für Berlin, darunter auch den Befolgsatz der Geistlichkeit in die Hände einer Versammlung legen würde, die nahezu zur Hälfte aus den an diesen Geldfragen persönlich interessirten Geistlichen besteht. — Es ist hiernach auch erklärt, daß sämtliche Geistliche in der gestrigen Versammlung die en bloc-Acceptation des Entwurfs von Hirschius beantragten. Uebrigens fehlten in der gestrigen Versammlung nicht weniger als 47 Mitglieder. Auch sonst mehren sich die Anzeichen, daß die lebendigste Theilnahme, welche an kirchlichen Angelegenheiten nach der neuen Gemeindeverfassung hervortrat, wieder in Abnahme begriffen ist. Die in die kirchlichen Organe gewählten Laien klagen, daß sie über innere Angelegenheiten gar nichts zu sagen haben und nur dazu gut genug gehalten werden, Geld zu bewilligen und die Vollziehung der kirchlichen Trauungen zu kontrolliren. Man sollte sich um so mehr hüten es in dieser einseitigen Richtung noch weiter zu treiben.

— Die Audienz des Reichstagspräsidiums beim Kaiser nimmt diesmal ein besonderes Interesse in Anspruch. Dieselbe erfolgt bekanntlich alljährlich, ungewöhnlich aber ist es, daß der Kaiser Veranlassung genommen hat, sich dem Reichstag gegenüber so eingehend über die politische Lage einschließlich der auswärtigen Angelegenheiten, die man sonst eben nicht zum Gegenstand des Parlaments rechnete, zu äußern. Ein Korrespondent der „Magdeburg-Ber.“ unterzieht diesen Vorgang folgender Besprechung:

Aehnlich wie sich der Toast bei dem Gastmahl, welches Viktor Emanuel seinem kaiserlichen Gäste gab, ähnlich wie sich der Friedenspakt in der Thronrede durch eine ganz abschließende Bestimmtheit der Sprache und eine gewisse Wärme des Ausdrucks vor ähnlichen Kundgebungen auszeichneten, so dienen auch die Wendungen, welche der Kaiser im Gespräch mit den ersten Repräsentanten des Parlaments brauchte, keine vielfachen Deutungen, sondern beweisen klar, daß es dem Monarchen darum zu thun war, diefer Empfangsherrn einen andern Charakter aufzudrücken, als den der einfachen Entgegnahme einer Respektbezeugung. Daß der Kaiser dem Geschäftsgange im Reichstage mit der größten Aufmerksamkeit für jede einzelne Vorlage — wie auch hier wieder ersichtlich ward — wissen wie aus landesfremden Erfahrung und die Pflichtreue und Arbeitskraft des bald achtzigjährigen Greises bedürfen keiner besonderen Erwähnung. In den Vordergrund tritt vor Allem wieder nicht blos der Wunsch, sondern der feste Glaube, daß Europa bei den gegenwärtigen politischen Beziehungen der Hauptmächte der Friede erhalten bleibt. Es verdient ganz besonders hervorgehoben zu werden, daß eine äußere, Deutschland nicht direkt berührende Frage der Politik, der Aufstand in Bosnien, eine Frage, die mit den Arbeiten des Reichstages in keiner unmittelbaren Verbindung steht, trotzdem in der Audienz zur Sprache kam. Offenbar wollte der Kaiser den etwaigen Befürchtungen gegenüberstehen, die hier und da gerade jetzt bei der drohenden Haltung, welche die drei östlichen Mächte der zaudernden Haltung der Türkei gegenüber eingenommen haben, laut werden und die fernere Einigkeit Russlands und Österreichs in der Behandlung der orientalischen Frage anzweifeln. Wir erfahren nicht, welches die sich entgegenstellenden Gesichtspunkte und die daraus fließenden Schwierigkeiten sind, die der Kaiser entwidmet hat, wohl aber, daß der Monarch das vollste Vertrauen auf eine friedliche Ausgleichung derselben ausgesprochen hat. Das ferner der italienischen Reise und des begeistersten Empfanges, der dem Kaiser in Mailand zu Theil geworden, auch den Repräsentanten des Reichstages gegenüber gedacht wird, ist nur ein neuer Beleg dafür, daß der Monarch die Reise nicht blos als eine Höflichkeit- und Freundschaftserweisung zwischen zwei Fürstenhäusern ansieht, sondern als einen die beiden Völker in gleicher Weise berührenden und somit wichtigen politischen Akt. Der Ausdruck, daß diese beiden Völker mit- und durcheinander zur Einheit gelangt seien, ist ganz besonders glücklich gewählt, und wird in Italien um so angenehmer klingen, als dort ein empfindliches Nationalgefühl von manchen Neuerungen deutscher Organe und Politiker bisweilen verletzt worden ist. Der Kaiser beruft sich gleichzeitig auch auf die Befreiung der Strafgesetznovelle. Mit derselben Mäßigung, wie in der Thronrede geschah, weist er auf die theilsweise zu milden Bestimmungen des neuen Strafgesetzbuchs hin und betont im Übrigen als wünschenswerth eine sachliche Diskussion jener Vorlage.

— Die von der „Germ.“ veröffentlichte, von uns reproduzierte Erklärung des Vorstandes der Zentrumsfraktion, daß die Zentrumsfraktion an einem „Ausgleich des kirchenpolitischen Konflikts“ nicht beteiligt sei, findet in der Presse die verschiedenste Aufnahme. Die „Nat. Zeit.“ sieht in diesem auffallendem Schritte nur den Ausdruck der im ultramontanen Lager herrschenden Verlegenheit. Sie meint, die Schwierigkeiten innerhalb derselben müßten sehr groß geworden sein, ehe das Zentrum sich zu dieser Erklärung entschloß. Die „Voss. Zeit.“ ist der Überzeugung, eventuelle Verhandlungen wegen eines „Ausgleichs“ würden über die Köpfe des Zentrums weg geführt und die „Trib.“ erklärt, sie werde sich die Sache merken für den Fall, daß Herr Windthorst wieder einmal bestreiten sollte, seine Partei werde von Rom aus dirigirt. Die „Kreuz Zeit.“ endlich weiß „wirklich nicht recht, was man aus der Bescheidenheit der Zentrumsfraktion, insofern sie erklärt, keine Berechtigung zu derartigen Verhandlungen“ zu haben, machen soll. Anlässlich dieser ersten Erörterungen in der Presse schreibt die „Germ.“ in ihrer nächsten Nummer:

Die unter allen Umständen gleiche, sichere und feste Haltung des Zentrums bildet einen bezeichnenden Gegensatz zu der Erfahrung im feindlichen Lager, und die verschiedenen von dort aus gemachten Versuche, die Festigkeit und Sicherheit auf das eine oder andere äußere Moment zurückzuführen, bieten Gelegenheit zu Beobachtungen, die darüber aus geeignet sind, die ganze Signatur des gegenwärtigen Konflikts klar erkennen zu lassen.

Viel klarer ist die „Signatur des gegenwärtigen Konflikts“ aus der nachstehenden Auslassung der „Ital. Nachr.“ ersichtlich:

„Wir bestätigen, was wir vor Kurzem über die Vorstellungen des deutschen Bischofs beim Vatikan und über die Antwort des Kardinals Antonelli berichtet haben, und sind heute im Stande, noch hinzufügen, daß der Bischof von Paderborn vom Vatikan beauftragt worden ist, die den Bischofsvätern abverlangten Gutachten zusammenzutragen und darüber Bericht zu erstatten. Er wird zu dem Ende persönlich nach Rom kommen und man erwartet seine Antwort bald nach Weihnachten.“

Die Gutachten sollen sich, wie wir unseren Lesern in's Gedächtnis zurückrufen, auf einen modus vivendi mit den Regierungen und auf das weitere Verhalten zu den Kirchengesetzen beziehen.

— In dem von uns kürlich reproduzierten Artikel des Dr. Schulz-Delitzsch über den Bericht des Enquête betreffs der Maifessischen Darlehenskassenvereine befand sich u. A. die Angabe, die betreffende Enquête sei von dem landwirtschaftlichen Min-

nisterium veranlaßt worden als Einleitung zu „einer in Aussicht gestellte Unterstützung aus Staatsmitteln“. Die „Nord.“ Allg. Blg.“ erklärt heut, diese Angabe entbehrt jedes tatsächlichen Anhaltes, da eine solche Unterstützung niemals weder in Aussicht gestellt noch genommen worden ist.

Köln, 8. November. Die „K. B.“ erfährt, daß in der bekannten Disziplinar-Untersuchung wider den hiesigen Polizei-Kommissar Kloß die Entscheidung auf Strafversetzung gefällt ist, jedoch unter Belassung in einer gleichen Stellung, sowie in gleichem Range und Dienstinkommen wie bisher.

Nördheim, 6. November. Dem „Bockheimer Anz.“ schreibt man: Obgleich der Pfarrer Hungari, wegen Vergehen gegen die Sittlichkeit, zu mehrmonatlicher Gefängnisstrafe verurtheilt worden ist, nimmt derselbe doch keinen Anstand, geistliche Handlungen weiter auszuüben und das Vergernis in der Gemeinde hierdurch geradezu herausfordernd zu erhöhen. Die Richterkschaft des Urheils zur Zeit entschuldigt hier nicht. Bei einem dem seinen ähnlichen Falle, welcher vor einigen Jahren großes Aufsehen erregte, fand Hungari es für sachdienlich, die Kirche auszuräumen.

K L A S S I C H.

Paris, 7. November. Dem vorzulegenden Preßgesetz Buffets gedenkt die Linke ein anderes gegenüberzustellen. Das Preßgesetz von 1863, welches dem Buffet'schen Entwurf gegenübergestellt werden soll, enthält verschiedene recht liberale Bestimmungen: so braucht keine Kauktion gestellt zu werden, und zur Gründung eines Blattes genügt eine einfache Anzeige bei der Präfektur, ohne vorgängige Erlaubnis. Von einzelnen Abgeordneten ist der Gedanke angeregt worden, die Linke solle die Ansicht vertreten, daß ein besonderes Preßgesetz überhaupt unnötig, die Preszvergehen nach dem gemeinen Recht zu behandeln seien. Diese Idee hat aber bei der Linken weniger Anklang gefunden als bei Herrn Buffet selber. Der Minister soll erläutert haben, es sei ihm ganz recht, wenn er die Journalisten vor die korrektionellen Gerichte statt vor eine Jury verweisen könnte, und wenn ihre Haft, statt wie bisher in St. Pelagie mit einigen Erleichterungen verknüpft zu sein, sich in gemeine Strafhaft verwandelt.

S p a n i e.

Madrid, 3. November. Je näher die Zeit heranrückt, zu der die Ausschreibung der Corteswahlen erwartet wird, um so zahlreicher werden die politischen Versammlungen, in denen die Parteien über ihr künftiges Verhalten berathen. Eine vorgestern in der Senathalle stattgefundenen Versammlung früherer Senatoren, welche sich zur monarchischen Partei bekennen, war von 25 Theilnehmern besucht. Der Zweck derselben, die einzelnen Abweichungen der konstitutionellen Partei auch in weiteren Punkten zu einigen, als dem einen sehr nebelhaften, der „Unterstützung der Monarchie Alfons XII.“, wurde nicht erreicht, doch ward schließlich eine Kommission ernannt, welche versuchen soll, die Verfassungen von 1845 und 1869 in der Weise zu verschmelzen, daß das neue Machwerk den verschiedenen Anhängern der beiden erwähnten Verfassungen mundrecht wird. Zu Mitgliedern der Kommission wurden gewählt: Canovas del Castillo, Baamonde, Xovente, Santa Cruz, Alonso Martinez, Marquis de Vizcayana, La Hoz, Castru und Marquis de Cabra. Regierungsseite verlautet, daß von den künftigen Deputirten als Vorbedingung jeder Theilnahme derselben an den Cortesitzungen die Ableistung des Eides der Treue gegen den König verlangt werden wird. — Nach vor ethlichen Monaten getroffenen Bestimmungen ist es aktiven Militärs untersagt, als Redner an politischen Versammlungen Theil zu nehmen. Während der Zeit zwischen Erlass des Wahlauftreibens und dem Wahltag wird diese Bestimmung aufgehoben werden, jedoch nur für solche Militärpersonen, welche selbst als Kandidaten für die Cortes austreten.

I t a l i e n.

— Von der Aussicht, den diplomatischen Verkehr zwischen Italien und Deutschland in Zukunft durch Botschafter vermittelt zu sehen, scheinen die Italiener nicht sehr erbaut zu sein. Sie machen dazu eine so süß-saure Miene wie ein Lastfuhrmann, dem man seine billigen und praktischen Zugpferde nimmt und ihm dafür edle Reitpferde anbietet, deren Unterhalt sehr kostspielig ist. Mit italienischer Höflichkeit macht deshalb die italienische Presse ihre Bedenken dagegen gestellt. Die Erhebung der beiderseitigen Gesandten zu Botschaftern würde der deutlichste und dauerndste Beweis jener Sympathie sein, welche die beiden Völker verbindet. Trotzdem lasse es sich nicht leugnen, daß der Sache, besonders was Italien betrifft, große Schwierigkeiten im Wege ständen. Für Deutschland, welches schon Botschafter in Paris, London, Petersburg, Wien und Konstantinopel beglaubigt habe, komme es wenig darauf an, ob noch ein sechster hinzugefügt werde. Anders steht die Sache mit Italien. Italien besitzt bisher nirgendwo Botschafterstellen. Man habe bei der Einrichtung der diplomatischen Vertretung ganz besonders den finanziellen Standpunkt berücksichtigt. Als man die früheren Ministerresidenten zu Gesandten zweiten Ranges erhoben habe, sei deren Gehalt nicht erhöht worden. Das Gleiche könne man aber bei der Erhebung eines Gesandten zum Botschafter nicht durchführen. Außer diesem finanziellen Gesichtspunkte komme vor Allem der politische in Betracht. Italien könnte nicht einen Botschafter in Berlin beglaubigen, ohne sich über kurz oder lang dazu entschließen zu müssen, seine Gesandtschaften in Paris, London, Wien, Petersburg und vielleicht sogar in Konstantinopel — bei der Vorliebe der Türken, die Großmacht zu spielen — in Botschafterposten umzuwandeln.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung. (Schluß).

Berlin, 9. November. Im Fortgang der ersten Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Änderung des Gesetzes über den Invalidenfonds ergriff nach der mitgetheilten Rede des Abg. Windthorst das Wort der.

Abg. Dr. Bamberger: Mr. S., der Mensch gewöhnt sich mit der Zeit an Alles, auch an Spitznamen; so habe auch ich mich an den Spitznamen „Finanzkraft der Majorität“ gewöhnen müssen. Anders habe ich die Sache nicht genommen und anders nehmen sie auch wohl diejenigen nicht, welche sich dieses Ausdrucks bedienen. (Abg. Windthorst: Ich habe an Sie gar nicht gedacht!) Man muß übrigens froh sein, daß man so betitelt wird. Wer die Gewohnheiten einer gewissen Presse kennt, der weiß, daß man es schon für ein Wunder halten müßt, wenn irgend Jemand, der in öffentlichen Angelegenheiten zur That oder zum Wort gerufen war, sobald er eine Meinung äußert, die irgend einem Blatt oder einer Partei, oder dem oder jenem Interesse nicht behagt, nicht der niedrigsten, gemeinsten, egoistischen Triebfedern angeklagt wird. Ich habe es wahrlich genug erlebt, daß mit den allergünstlichsten Berechnungen nachgewiesen wurde, daß Leute, die sich für die Goldwährung erklären, natürlich nur eine kalifornische Geldspeku-

lation als Motiv solcher Meinung haben. Ein ander Mal hatte ein sehr klarer Finanzpolitischer, nicht des Reichstags, ausgerechnet, daß Jemand, der sich um eine Reichsbank bemüht, Artikel für Zeitungen schreibe, um den Preis der Reichsbankaktien vorher herabzudrücken, weil er in denselben nach außen zu spekulieren gedenkt. Ich erinnere Sie an jenen famosen Artikel in der Berliner „Völkerszeitung“, wo ich die Ehre hatte, für den Verfasser jenes ersten zu gelten, der von dem Herrn Abg. Eugen Richter geschrieben war. (Heiterkeit). Solche Dinge habe ich erfahren, Dinge, die sogar den allerbesten Mitgliedern unserer Reichsregierung und der preußischen Regierung von dieser Seite widerfahren sind. Weil gewisse Leute denken, daß bei einem Notstande wie Feuersbrunst und Überschwemmung man auf illegitime Weise sich etwas eignen könnte, so werden solche trübe Zeiten auch benutzt, um auf einzelne Wehrlose loszustürmen und sie zu diskreditieren, glaubend, daß man sich den entgangenen Vortheil auf diese Weise wird sichern können, Wissenszufriedenheit gegen einzelne leidende Persönlichkeiten nach zu rufen. Dem gegenüber muß ich dem Abg. Windthorst dafür danken, daß er, ohne mich zu neunen, aber gewiß, wie das ganze Haus es verstanden hat, mich meinend, mich als eine Finanzkapazität eingestuft hat. Ich muß gestehen, daß er mir mit seinen formidablen Vorausschauungen von dem Schiffbruch des ganzen Gesetzes einen ganz bedeutenden Schaden eingefügt hat, weil ich einen Nachweis dafür erwartete, denn ich glaube gar nicht an seine Unfähigkeit in finanziellen Dingen, wie er sie vorzieht; ich glaube überhaupt nicht, daß die Leute, die da sagen, ich bin nie über die 4 Spezies hinausgekommen, wirklich nicht weiter gekommen sind. Wer nicht weiter gekommen ist, geschieht es gar nicht ein. (Heiterkeit) Ich stimme sogar in vielen Punkten mit dem Abgeordneten Windthorst überein, und ich überlasse es ihm, daran zu schließen, ob ich eine finanzielle Kapazität, oder er eine finanzielle Kapazität ist. (Heiterkeit) Ich sage Alles, was er hier angeführt hat, scheint mir gering, im Verhältniß zu dem, was man sagen könnte, wenn man das Gesetz zum Instrument für eine Opposition benutzen wollte. Er sagte, es sei sonnenklar, welch ein politisches und finanzielles Unglück geschehen sei durch die Botirung des Gesetzes vom Jahre 1873; aber den Beweis dafür ist er uns schuldig geblieben. Denn wenn das ein politischer und finanzieller Ruin ist, daß gewisse Effekte, die zu provisorischen Zwecken angelaufen wurden, heute nur möglich zu verkaufen sind, dann habe ich andere Ansichten von finanziellen und politischen Dimensionen als er. Wir wollen die Sache auf ihre wahre Dimension zurückzuführen und uns fragen: vor welcher Eventualität stehen wir? Ist sie denn zunächst wirklich eine unvorhergesehene? Der Vorredner hat es ja selbst gelagt, möge er sich nur daran erinnern und den so viele Andere, z. B. der Abg. Richter und Lasker in der Diskussion des Jahres 1873. Wir werden wahrscheinlich in die Lage kommen, 1876 den Termin zu prolongiren. Also etwas Unvorhergesehenes ist gar nicht gekommen. Der Gesetzentwurf beschäftigt sich mit zwei Dingen, wovon mir das eine, welches sich auf den Anlauf auswärtiger Papiere und Schatzscheine bezieht, hier nur eine ganz untergeordnete Wichtigkeit zu haben scheint. Denn wenn wir den Termin feststellen, daß gewisse auswärtige Effekte, die im Invalidenfonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festungsbau-Fonds verwendet werden, so wird die ganze Klaue, die uns im § 2 abverlangt wird, nämlich fremde Effekte für diesen Invalidenfonds zu laufen, vorerst ein ganz toter Buchstabe sein. Wie ist es denn nun, meine Herren, müssen wir diese Prioritäten absolut behalten? Sind sie unveräußlich? Ich bin auf die Sache hin, von dem Vorredner eine Unkapazität in finanziellen Fonds liegen, für den Festung

Fonds nicht ausschließen, weil wir zwischen ihnen und den anderen Papieren eine ausgleichende Verhüllung machen können. Hierzu kommt aber die Frage des Wechselcourses. Als wir den Invalidenfonds machten, da wünschte ich im Interesse der Münzreform, daß wir von dem Überfluss, den wir damals noch hatten, Papiere auf das Ausland in die Tasche stecken, damit wir einen Druck auf den Wechselcours ausüben könnten. Jetzt sind wir in der Dürftigkeit. Darum muß sich die Sache umdrehen. Heute haben wir gar keinen Grund, unseren Wechselcours auf das Ausland hinaufzutreiben. Daher werden wir auch ruhig überlegen können, inwiefern die Maßregel, daß die ausländischen Papiere nicht außer Courts gesetzt werden, sondern daß wir sie stets für den Verkauf freihalten müssen, übereinstimmt mit der politischen Vorsicht, die wir im Auge behalten müssen. Wer dies leicht nehmen will, dem sage ich dasselbe, wie demjenigen, der sein Geld in einem Papier anlegen will: Wer kann wissen, was in den Zeiten Hintergrunde schlummert? Wer kann wissen, was einmal dem deutschen Reiche noch bevorstehen kann? Und ich glaube, daß es das Beste ist, man behandelt seine Sache notariell, was in der politischen Sprache heißt: konstitutionell. (Lebhafte Beifall.)

Geheimrat Michaelis: Der erste Redner hat uns seiner Sympathieen für die Invaliden vertheidigt, denen er sogar Zuwendungen noch über den Umfang des Fonds hinaus machen möchte, und um so mehr hat es mich überrascht, wenn er andererseits den Fonds auflösen oder ihn doch bis auf das gegenwärtige Bedürfnis vermindern will. Die Gründe, welche er gegen die Institution geltend gemacht hat, werden gegenwärtig wohl kaum einer eingehenden Erörterung unterzogen werden können, da diese Institution nun einmal gesetzlich feststellt und es sich heute nur um einige von der Erfahrung eingegebene Abänderungen des Gesetzes handelt. Ich bemerke ihm dabei übrigens gelegentlich, daß von dem Segen einer Verteilung des Fonds über das Land nicht mehr die Rede sein kann, nachdem das Kapital einmal in Papieren angelegt und somit verausgabt ist. Er ist nun zwar bereit, in die Verlängerung des Terms zur Veräußerung der Eisenbahn-Prioritäten zu willigen, will aber denselben nicht bis 1880 hinausziehen, sondern die Prolongation von Jahr zu Jahr aussprechen. Mit Rücksicht auf die Lage des Marktes möchte ich doch entscheiden davon abraten, die Veräußerung an so kurze Fristen zu knipsen, denn so lange ein solches Angebot von Prioritäten an der Tagesordnung bleibt, können diese unmöglich wieder Vertrauen auf dem Markt gewinnen; nichts würde daher die Flüssigmachung derselben mehr erschweren, als ein solcher Mittelweg, und kann ich daher nur dringend empfehlen, auf den Termin des Entwurfs einzugehen. — Wenn der erste Redner die Vorlage weniger mit Thatsachen, als mit Befürchtungen gekämpft hat, so hat der zweite Redner die Kapitalsanlage einer eingehenden Kritik unterworfen. Er nimmt dabei einen sehr günstigen Standpunkt ein, während der meinige naturgemäß ein sehr ungünstiger ist. Wir alle haben bei der Beratung des Gesetzes über den Reichs-Invalidenfonds sehr wohl gewußt, daß alle Papiere, welche wir anschaffen könnten, Courseschwankungen unterworfen seien, und hätten wir damals die Kenntnis von der Bewegung des Geldmarktes besessen, welche wir jetzt haben, hätten wir so die Zukunft voraussehen können, wie wir jetzt die Vergangenheit kennen, so würde die Anlage wahrscheinlich in anderer Weise erfolgt sein. Nur bedauere ich es der heutigen Kritik gegenüber, daß uns der Abg. Bamberger 1874, als der erste Bericht der Reichsschulden-Kommission vorlag, seinen Rath vorenthalten hat. Der Verwaltung lag damals die Aufgabe ob, eine Anlage der Gelser des Reichsinvalidenfonds, des Festungsbaufonds, des Reichstags-Gebäude Fonds, im Ganzen weit über 800 Millionen Mark zu machen, und diese Aufgabe sollte bis zum 1. Ju. 1875 beendet sein; dabei war der Kreis der definitiven Anlagepapiere sehr eng gezozen, und der Kreis der vorläufigen Anlagen nicht minder eng. Bei dem großen Umfange der Summe waren da von vornherein bestimmte Wege vorgezeichnet. Der Rath des Korrespondenten, nur Prioritäten, die sich schon auf dem Geldmarkt eingebürgert hatten, in kleinen Beträgen zu akquiriren, konnte nicht befoslat werden, weil man dafür hätte Preise zahlen müssen, welche die Realisation noch teurer gemacht hätten, als sie es heute sein würde. Denn nicht nur die neuen, auch die älteren Prioritäten sind im Laufe zurückgegangen, es ist eine Abneigung des Geldmarktes gegen alle diese Papiere eingetreten. Genau dasselbe gilt von der Anlegung in auswärtigen Anleihen; mit Rücksicht auf die Frist, in der die Belebung und wiederum die Realisation erfolgen müste, mußte man das Augenmerk auf soziale Richten, die neu auf den Markt kamen. Wenn der Abgeordnete Bamberger ferner eine umfangreiche Anlage in Wechseln empfohlen hat, so entgegne ich ihm, daß eine solche bei der auf dem Wechselmarkt herrschenden Geldströmung größere Gefahren in sich birgt, als irgend eine andere Anlage. Sie eignet sich nur — wenn man nicht ein förmliches Bankgeschäft organisieren will — für ganz vorübergehende Fonds. Auch den Vorwurf, daß die Verwaltung zu sehr auf hoher Zinsfuß gehesen hätte, kann ich nicht zugeben; bei der großen Menge der Kommunalpapiere, die durchschnittlich 4% Prozent geben, in er von vornherein ausgeschlossen, die auswärtigen Anleihen aber müßte man mit dem Zinsfuß nehmen, wie sie eben auf dem Markt zu haben waren. Von einer Prüfung der Sicherheit der gegenwärtigen Anlage bin ich entfernt abzurathen, indem wir dieselbe bei den gegenwärtigen Ausnahmeständen nicht ansetzen können. Der legte Herr Borodner hat schließlich es nicht für ratsam gehalten, unserer Vorwahl an ausländischen Papieren zu vermeiden. Es ist dies aber von großer Wichtigkeit, wenn wir mit der alsmäßigen Realisierung von Eisenbahnprioritäten beginnen, schon um die Möglichkeit offen zu halten, daß das Reich einmal selbst eine Anleihe beim Invalidenfond macht. Endlich scheint der Abg. Bamberger sich über das Dantel aufgehalten zu haben, welches über die Verwaltung des Fonds schwelen soll, insbesondere hat er die Veröffentlichung der Bankhäuser vermitzt, mit welchen transigirt worden ist. Dieselben sind indessen kein Geheimnis geblieben, und wenn auch Mittelhilfungen darüber nicht ausbedeckt waren, so steht doch kein Bedenken denselben entgegen und soll aller Anforderungen in dieser Beziehung genügen werden. Zur Zeit kann ich nur empfehlen, die Erfahrungen, welche uns die letzten Jahre in so reichlichem Maße geboten haben, in dem gegenwärtigen Entwurfe auszunutzen.

Sächsischer Bevollmächtigter zum Bundesrathe von Rositz-Wallnitz: Der Abgeordnete für Meppen hat verschiedene Vorwürfe gebracht gegen die Firma Eisinger, Landgraf u. Co. erhoben; da ich nun die Ehre habe dieser Firma anzugehören, so gestatten Sie mir einige Worte der Erwiderung. Einmal scheint er der Verwaltung vorzuwerfen, daß sie die Fonds auf fehlerhafte Weise anlegte habe, und namentlich muß ich annehmen, daß sich der Vorwurf auf die Anlage solcher Papiere bezieht, deren Veräußerung bis 1880 hinaus geschoben werden soll. In dieser Hinsicht bemerk ich, daß mit einer einzigen, relativ unbedeutenden Ausnahme sämtliche Eisenbahn-prioritäten, welche in den Kreis der, der Verwaltung unterstehenden Papiere gehören, vor dem 1. Oktober 1873 erworben sind, während die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, wie sie jetzt zusammengefaßt ist, erst am 1. Oktober 1874 ihre Thätigkeit begonnen hat; in dieser Beziehung trifft also die Verantwortung nicht die Kommission. Den anderen Vorwurf, den ich mir denken kann, wäre der, daß die Verwaltung des Reichsinvalidenfonds nicht früher bei dem Reichskanzler, der nach dem Gesetz der Verwaltung die Anweisung in Bezug auf die zu erwerbenden und zu veräußernden Papiere zu geben hat, Veranlassung genommen hat, die Genehmigung zur Veräußerung der Prioritäten zu beantragen. Meine Herren, es mag eine burokratische Schwierigkeit sein, daß die Verwaltung an das Gesetz und an die ihr in Gemäßigkeit desselben zustehenden Rechte sich fest gebunden geplant hat; ich hätte aber nicht geglaubt, daß der Abg. Windhorst uns gerade daraus einen Vorwurf machen würde. Wir haben im Sinne des Gesetzes geglaubt, uns durchaus fern halten zu müssen von börsenmäßigen Spukationen und haben keine Veranlassung gehabt, die vom Reichskanzler überwiesenen Fonds zu veräußern, so lange wir nicht in der Lage waren, dieselben in definitiven Wertpapieren anzulegen. Wir haben uns in Folge eines Antrages um Genehmigung von Darlehen an den Reichskanzler gewendet: er möge die Veräußerung von Prioritäten genehmigen; doch mußten wir uns sehr bald überzeugen, daß die Veräußerung ohne sehr große Verluste

nicht zu erzielen gewesen wäre; man kann also der Verwaltung vielleicht vorwerfen, daß sie die Papiere nicht um jeden Preis auf den Markt geworfen hat, doch glaube ich, diesen Vorwurf kann die Kommission richtig hinnehmen. Im Übrigen hat die Verwaltung die Öffentlichkeit ihrerseits nicht zu scheuen, und wir werden uns freuen, wenn in dieser Beziehung etwas Bestimmtes geschieht. (Beifall.)

Gegen 4 Uhr wird die Debatte vertagt, worauf Bin d' h o r s noch persönlich bemerkt, daß er Herr Dr. Bamberger allerdings für eine Finanzkapazität gehalten habe und noch halte, daß er aber in neuerer Zeit an den Unterschied zwischen Theorie und Praxis lebhaft erinnert worden sei.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. Fortsetzung der Beratung

über das Gesetz, betreffend den Reichsinvalidenfonds. Antrag, betreffend

die Umwandlung der Aktien aus der Thalerwährung in Reichswährung,

Antrag Dunker betreffend die Einstellung einer Kommission für

einfach lothringsche Landesangelegenheiten, Gesetz, betreffend die Desinfektion von Eisenbahnwagen.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. November

Der hiesige „Dienst“ sagt seinen Leser von dem Erscheinen der Armin'schen Broschüre „Pro nihil“ in Kenntniß und bemerkt dazu: „Wie wir erfahren, hat gestern ein Polizeibeamter die hiesigen Buchhandlungen besucht und zur Warnung mitgetheilt, daß obiges Werk verboten und der Verkauf desselben untersagt ist. Von einem Verbot oder einer Verbürgung der höheren Behörden haben wir bisher nicht gelesen.“ Aus Berlin meldet die „Trib.“ Folgendes:

In allen Buchhandlungen fand gestern ein wahrer Sturm nach der Broschüre „Pro nihil“ statt. Diesebe war indessen so schnell vergriffen, daß die Nachfragen meist unbefriedigt bleiben mussten. Der Buchhändler macht jedesfalls ein sehr gutes Geschäft. Für den Reichstag allein ist von verschiedenen Abgeordneten eine ganze Partie des Buches bestellt worden. Die Verurteilung derselben ist von Seiten aller derjenigen, welche es gelesen haben, einstimmig. Das Buch enthält allerdings sehr interessante Enthüllungen, aber es wird den Zweck verschaffen, das Ansehen des Reichskanzlers zu schädigen. Die Beseitigung eines Staatsbeamten von der Beschaffung des unverhofften Verfassers dieses Buches ist jedenfalls nicht das kleinste Verdienst, welches sich Fürst Bismarck um das Reich erworben. Interessant bleibt das Buch immer, aber wahr bleibt auch das Dichterwort: „Die Menschen lieben den Berrath — nicht den Berräther.“

Die Kriminalabteilung des hiesigen Kreisgerichts beschäftigte sich heut mit mehreren Prozessen, worunter besonders ein Fall von allgemeinem Interesse ist. Es handelt sich um das Verhalten eines Offiziers bei der letzten Frohleichen am 8. November am 31. Mai d. J., welcher Vorfall von Herrn Kantak seiner Zeit sogar im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht worden ist. Nach dem Bericht des „Kurier Poznański“ sollte der Premierlieutenant Fritsch II. vom 3. Niederschl. Inf.-Regt. Nr. 50, der übrigens selbst Katholik ist, sich hohnlachend über den auf dem Sappeplatz aufgestellten Altar gebeugt und den Rauch seiner Zigarre gegen das Sanktissimum und die dazugehörigen Geistlichen geblasen haben. In Folge dieses Berichts und der daran geknüpften Kritik war gegen den damaligen Redakteur des „Kurier“ die Anklage wegen Beleidigung des genannten Offiziers erhoben worden. Die erste Verhandlung in dieser Sache wurde vertragt, weil das Kreisgericht eine Besichtigung der Dertlichkeit für nothwendig hielt. Heut kam die Sache abermals zur Verhandlung. Der Angeklagte, Redakteur Gruszczyński, hatte einen Entlastungsbeweis angereten und neue Zeugen gestellt. Indessen erachtete der Gerichtshof den Beweis der Wahrschheit für nicht erbracht und verurtheilte den Angeklagten wegen Beleidigung des genannten Offiziers zu einer Geldstrafe von 200 M. event. 14 Tagen Gefängnis. Außerdem hatte sich der Redakteur Gruszczyński noch wegen eines anderen Presvergehens (Aufforderung zum Widerstand gegen die Staatsgewalt) zu verantworten und wurde dafür zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte im Ganzen 8 Monate Gefängnis gegen den Angeklagten beantragt. Näheren Bericht behalten wir uns vor.

Der Domherr v. Koźmian ist bekanntlich von der Anfangs vorigen Monats nach Karlbad unternommenen Badezeit, zu der er auf 6 Wochen aus dem hiesigen Gerichts-Gefängnis beurlaubt war, in voriger Woche zurückgekehrt, sein rheumatisches Leiden soll sich aber wenig gehebelt haben und er hat deshalb beim Kreisgericht einen neuen schwöderischen Urlaub nachgesucht.

Propst Kubeczek in Tions hat dem „Kurier“ zufolge 49 seiner Barochianen wegen Zahlung von Stolzgebühren für Trauungen und Taufen verklagt. Die betreffenden Barochianen haben nämlich diese kirchlichen Handlungen von Geistlichen in fremden Gemeinden vornehmen lassen. Wie das ultramontane Blatt ferner mittheilt, hat außer den Organisten auch der Kirchendiener jetzt den Propst Kubeczek verlassen.

Die Präpste Schubert und Jaensch wurden dieser Tage wegen Befannahme von Amthandlungen in einer fremden Parochie von dem Kreisgericht in Lissa zu 13 Mark Geldstrafe verurtheilt. Die Verurtheilten, schreibt der „Kurier“, erlegten sofort die Strafe und kehrten unhilflich nach Hause zurück. Früher hätte eine solche Handlungswise, die eine Anerkennung des weltlichen Gerichts in geistlichen Angelegenheiten involviert, den betr. Geistlichen schwerere Angriffe eingetragen. Jetzt wird darüber stillschweigend hinweggegangen.

Beförderungen in der Armee. Zu General-Lieutenants beförder mit Patenten vom 28. Oktober 1875: die Gen.-Majors: v. Morawowicz, Chef der Landesaufnahme. Frhr. v. Barnetow, Kommandant von Danzig. Frhr. v. Medem, Kommandant von Mainz. v. Werder, General à la suite. v. Rauch, Komte. Jaspelteur. v. Dannenberg, Kommdr. der 2. Garde-Inf.-Division. Frhr. v. Steinäcker, Gen. al à la suite. v. Stiehle, General à la suite und Kommdr. der 7. Division. Da General-Majors beförder mit Patenten vom 28. Oktober 1875: die Oberst: v. L'Estoc, Kommdr. der 1. Garde-inf. Brigade Wiebe, Kommdr. der 4. Fuß-Inf.-Brig. Berger, mit der Führung der 61. Inf. Brigade beauftragt, unter Ernennung zum Kommandeur dieser Brigade. Le Baud de Nans, Überst-Lt. und Abthl. Kommdr. im Oberstl. Feld-Inf.-Regt. Nr. 21, zum Kommdr. des 2. Brandenburg. Feld-Inf.-Regts. Nr. 18 (Gen.-Feld-Inf.-Regt.). Erkannt. v. Kossel, Oberst. Al à la suite des 2. Hannov. Feld-Inf.-Regts. Nr. 26 und beauftragt mit Führung derselben, Corfep, Oberst-Lt. à la suite des Düppel. Feld-Inf.-Regts. Nr. 1 und beauftragt mit Führung derselben, Matthiaß, Oberst. Al à la suite des Posen. Feld-Inf.-Regts. Nr. 20 und beauftragt mit Führung derselben, v. Heinzeius, Oberst. Al à la suite des Großherzogl. Hess. Feld-Inf.-Regts. Nr. 25 (Großherzogl. Art.-Corp) und bearbeitet mit Führung derselben, — Kommandeuren der betr. Regt. ernannt. Ribbentrop, Oberst. v. Präs. der Art.-Prüf. Kommission, unter Belastung à la suite des Kriegsministeriums, zum Kommdr. der 1. Feid. Art. Brig. ernannt. Roerans, Oberst und Kommdr. des Schles. Fuß-Inf.-Regts. Nr. 6, unter Stellung à la suite derselben und Verleihung des Ranges Al. eines Brig.-Kommandeure, zum Bräcs der Art.-Prüfungs-Kommission ernannt. Frisch, Major vom Kriegsminist. zum Kommdr. des Schles. Fuß-Inf.-Regts. Nr. 6 ernannt. Frhr. Göler v. Ravenburg, Major und Hilfsgeneral. des Großherzogs von Baden, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches m. i. Pension und seiner bish. Uniform zur Disposition gestellt. Kreischmer, Sekretär bei der 3. Festungs-Inspektion zu Posen, auf seinen Antrag zum 1. Februar a. f. mit Pension in den Ruhestand versetzt. Srempl, Festungs-Sekretär im Festungsterrain - Aufnahmedienst zu Mes. zur 3. Festungs-Inspektion in Posen versetzt.

r. Versuchter Selbstmord. Ein junger Mann von außerhalb, welcher in einem biegsigen Hotel logirte, bat gestern verbiß sich durch Deffren der Pulssäben das Leben zu nehmen. Doch wurde er noch rechtzeitig in seinem Vorhaben gestört und nach bedeutendem Blutverluste in das städtische Krankenhaus geschafft.

Sternschnuppen. Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam, daß am 11. bis 14. November die bekannten Sternschnuppen-Nächte eintreten.

r. Der Wasserstand der Warthe ist gegenwärtig ein für die jetzige Jahreszeit ungewöhnlich hoher, und betrug am 8. d. M. Mittag 1,84 Meter, = 6 Fuß 4 Zoll am Wallstraße-Bogen. Wohl zum großen Theil im Folge dieses hohen Wasserstandes haben die ersten Verluste, welche in der vergangenen Woche angestellt wurden, um den an der Wallstraße verlorenen, mit Steinen beladenen Kahn, zu heben oder zu befreiten, zu fast gar keinem Resultate geführt. Es ist dies in dem Interesse des Schiff-Verkehrs lebhaft zu bedauern, da der Kahn zwei Joche der Brücke sperrt, so daß, daß das dritte Joch (an der Wallstraße) wegen des flachen Strombettes überhaupt nicht passierbar ist, nur noch zwei Joche für den Verkehr offen sind.

x. Betrug. Am Montage wurde ein Jagdhund, welcher dem hiesigen Klempnermeister Laube gehört, von einem Abdeckerhülfen abgefangen, welcher mit Waffe noch Maulkorb vertrieben war, und einstweilen im Kämmererhof an der Gr. Gerberstraße untergebracht. Als am Abende desselben Tages die abgefangene Hunde von dort nach der Abdecker auf der Brücke abgeführt wurde, trat ein unbekannter Mann an den begleitenden Abdeckerhülfen heran, und löste durch Zahlung von 2 Mark den Jagdhund aus, indem er erklärte, derse sei sein Eigentum. Für die Wiederbeschaffung des Hundes, welcher einen Wert von ca. 200 M. haben soll, ist eine Belohnung von 15 M. ausgesetzt worden.

x. Verhaftet wurde gestern ein Arbeiter, welcher in Gemeinschaft mit einem anderen, am 8. d. M. bereits verhafteten Arbeiter in der Seminarstraße einen Diebstahl an Hau verübt hat und es gelungen war, zu entkommen. Er hatte sich gestern eine Schleuder durch einen Gesindevermicier nach außerhalb vermischen lassen und war eben im Begriff, von hier abzireiben, als er auf dem hiesigen Bahnhof verhaftet wurde. — In Breslau ist ein Schlosser, welcher sich in Posen einige Monate aufgehalten hatte, wegen eines unbekannten Diebstahls in Lissa, dessen er geständig ist, verhaftet worden. Er führt bei seiner Verhaftung Dietrich und am ersten Schloßgerichte bei sich; es scheint, daß er seit Monaten vom Erzgiegel der Dietstahle gelebt hat, welche er jedenfalls in Gemeinschaft mit Anderen verübt hat. Es liegt die Vermuthung vor, daß dies der Dieb ist, welcher während der letzten Monate in unserer Stadt mehrere Ladendiebstähle (im Hotel du Nord, beim Mechanikus F. Stein, beim Büchsenmacher Specht, beim Uhrmacher Höfer etc.) verübt, reußt hat. Die Art der Ausführung dieser Dietstahle ließ von vornherein darauf schließen, daß dieselben von einem Schlosser ausgeführt seien.

Bromberg, 9. November. [Zur Ausführung des Kirchengesetzes.] Vor der Kriminalabteilung des Kreisgerichts hierzulande wurde gestern ein kirchenpolitischer Prozeß gegen den Hauskaplan Boleslaus Dziegiecki aus Potulitz verhandelt. Seit dem 1. Dezember 1874 fungirte derselbe bei dem Grafen Potulick in Potulitz als Hauskaplan, indem er in der dortigen Kapelle geistliche Amtshandlungen, welche sich nicht bloss auf die gräßliche Potulick-Familie, sondern auch auf fremde Personen, welche freien Zugang zur Kirche hatten, erstreckten. Außer den gewöhnlichen geistlichen Amtshandlungen (Messefeiern etc.) thieb er auch das heilige Abendmahl aus. Dziegiecki ist indessen erst am 12. April d. J. durch den Weihbischof Chodkowski zu Gnesen zum Priester geweiht worden und hat bisher des Gesetzes vom 11. Mai 1873 geführt, noch ist ihm derselbe von dem Minister der geistlichen und Unterricht Angelegenheiten erlassen worden. Somit befähigt Dziegiecki nicht die Fähigkeit zur Anstellung im geistlichen Amte, außerdem ist seine Anstellung, wie er dies selbst ausdrückt, weder durch einen geistlichen Oberen erfolgt, noch sind die Botschriften des § 15 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 beobachtet worden.

Der Angeklagte wird in contumaciam zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilt (Br. 3).

x. Gnesen, 9. November. [Stadtverordneten-Beratung.] Mit Ablauf dieses Jahres scheiden aus der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung 5 Mitglieder aus und zwar der Stadtverordnetenvorsteher Kuczkowski und die Hrn. Witkowski, Thysche, Boede und Schröder. Es fand deshalb in der Stadtverordneten-Versammlung vom 6. d. M. die Wahl von 2 Beisitzern und 2 Stellvertretern zu der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl statt. Aus der reihaltigen Tagessitzung haben wir noch folgende Ergebnisse hervor: Zur Beratung kam das Negativ für die Veranlaugung und Erhebung der Gemeinde-Einführungsteuer. Der vom Magistrat vorgelegte Entwurf wurde mit der auf Antrag eines Stadtverordneten vorgenommenen Änderung genehmigt, daß Elementarlehrer aller Konfessionen befreit bleiben sollen, während bisher die jüd. Konfession ausgeschlossen waren. Die Kämmerereinführung pro 1869, 1870 und 1871 habe der Magistrat nur einem der drei von den Kämmerern zur Erledigung der von diesem Revisor gegebenen Rechten veranlaßt, und sodann die Notatenbeantwortung wiederum demselben Revisor zur Begutachtung zugeföhrt. Die Versammlung montiert dies Verfahren als der Städteordnung nicht entsprechend und erlaubt dem Magistrat um baldige Vorlegung der Rechnungen. — Bezuglich der Gaspreise fand eine Ermäßigung von 7 M. 75 Pf. auf 7 M. pro 1000 Kubikfuß auf Antrag des Kuratoriums der Gasanstalt statt. Den von der Stadtkonstanz vertragten Kulturplan genehmigte die Versammlung und bewilligte in Abrechnung der zahllosen Holzdielen, welche die Stadtkonstanz umwohnen, die Anstellung eines Fortschreibers für 30 M. monatlicher Remunerations vorläufig durch die Douce von drei Monaten. Der Direktor des Verschönerungs-Vereins hat in vorigen Winter 10 große Pappeln, welche am Exerzierplatz standen, fallen lassen und in den Nahen des Vereins verwendet; dieserhalb bereits der Vertreter des Magistrats in der viermaligen Sitzung die Kunst, daß die Fällung mit seiner Genehmigung geschehen sei, und nach welchem der Standort der Pappeln im Jahre 1876 für den präsentierten Konservenbau verwendet werden soll. Das Vorsteher begegnete einem Zweifel eines der Versammlung angebrachten Bauverständigen und es wurde darauf hingewiesen, daß der Verschönerungs-Verein bereits wiederholt die schönen Alleenäume, welche noch durchaus lebenskräftig waren und prächtigen Schatten verbreiteten, fällen und ganz junge Bäume an deren Stelle pflanzen ließ. — Nach Erledigung verschiedener Darlehnsgesuche wird die Frage wegen der nachgeführten Erstattung der Fleischsteuer an die Kompagnie-Speiseanstalten verlagert und der Stadt Justizrat Elsterd. um Abgabe seines Gutachtens in der nächsten Sitzung erachtet. —

Mein mir eigenthümlich gehöriges und geschmackvoll eingerichtetes Gasthaus mit umfangreichen Gehöft und Stallungen für 100 Pferde empfele ich zu dem herannahenden Gostynier Jahrmarkt zur gefälligen Berücksichtigung.

Ergebnis

Kantowski,

am Viehmarkt in Gostyn.

Das Dom. Schönherrenhausen liefert den Scheffel Mohrrüben mit 16 Sgr. bei Abnahme von 5 Scheffeln mit 15 Sgr. nach Posen.

60 Stück weidefette

Bratfleische

hat das Dom. Dziadkowo per Rogaßen zu verkaufen.

Ein brauner Wallach ohne Abzeichen, Reit- und Wagenpferd, gesund u. ohne jeden Fehler, ungarisches Racepferd, ist als überkomplet zu verkaufen.

Samter.

von Werther,

Oberstleutnant.

Ein großer Leonberger Hund ist zu verkaufen St. Martin 22.

Lich zu Damenkleidern empfohlen.

Proben franco.

Oswald Kulcke,
Sommerfeld.

Pianino's sind billig zu verkaufen Wilhelmsplatz Nr. 17, 1 Treppe.

Magenkramps wird sofort und sicher beseitigt durch magenstärkenden

Ingwer-Extract

Aug. Urban in Breslau, in Flaschen à 20 und 10 Sgr. bei Ed. Beckert jun. in Posen.

Präservatives, sehr fein, Cordons, hübsche Sachen. A. Hirschmann & Comp. Hamburg.

Die lindernde Wirkung gegen leichtere kataraktale Beschwerden, Rauigkeit im Halse, Heiserkeit u. s. w. deren sich die rühmlichsten bekannten

Stollwerck'schen Brust-

Bonbons

aus der Fabrik von Franz Stollwerck,

Hoflieferant,

Köln, Hochstraße Nr. 9, erfreuen, hat selbiges als beliebtes Hausmittel in allen Kreisen dauernd eingeführt.

Per Paquet à 50 Pfennige täglich in Posen bei

A. Eichowicz,

S. Alexander,

E. Brechts Wwe.,

E. Voie.

A. Classen,

Eduard Beckert jun.,

H. Hummel,

E. Kletschoff,

S. Niewietzki & Co.,

Conditors,

S. Samter jun.,

Oswald Schäpe.

Martinshörner in verschiedenen Größen empfohlen

J. P. Beely & Co.

Fische! Leb. Hechte, Zander u. Barsen, Donnerst. Ab. 4 U. billigt b. Kletschoff. Bestellungen auf Seeische, grüne Lachse, Fasanen u. werden prompt u. billigt effektivt. Kletschoff.

Gebende Puten billigt bei

Richard Fischer.

Pr. Loose läuft u. verl. mit Aufgeld 1000, Berlin, Molkenmarkt 14. Cölner Dom., Cölner u. Berliner-Loose verl. à 1 Thlr. 5 Sgr. m. Beste.



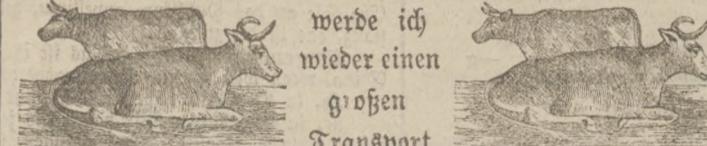
Anti-Kesselstein!

Patentirte Compositionen zur vollständigen Befreiung des Kesselsteins in Dampfkesseln. Broschüren gratis.

Ad. Marohn, Berlin SW,

Puttkamerstraße Nr. 14.

Freitag den 12. November



werde ich wieder einen großen Transport

Netzbrücher Kühe (frischmilchende mit Mälvern) St. Adalbert Nr. 46 zum Verkauf stehen haben.

W. Hamann, Viehlieferant.

Hiermit die ergebene Anzeige, daß wir am hiesigen Platze, im Hause des Herrn Dr. v. Koszutski, im früheren Hotel de Vienne, St. Martinstraße Nr. 1 (Eingang durch das Hauptportal), ein

Möbel-, Spiegel- und Polster-Waren-Magazin

eröffnet haben.

Unser auf das Reichhaltigste assortirtes Lager empfehlen wir einem geehrten Publikum, unter der Versicherung, daß wir durch reelle Waare, solide Preise und prompte Ausführung aller uns aufgegebenen Aufträge bemüht sein werden, das in uns gesetzte Vertrauen zu recht fertigen.

M. Czarliński & Co.

Preußische Lotterie-Original-Loose

½ 1. Kl. 84 Mark (für alle 4 Kl. berechnet 150 Mark), ¼ 42 Mark (für alle 4 Kl. berechnet 75 Mark) versendet gegen vorherige Waareinsendung des Betrages Carl Hahn in Berlin S., Kommandantenstraße 30. (D 8631.)

Polnisches Theater.

Concert-Anzeige.

Der Direktion des hiesigen polnischen Theaters ist es gelungen, die berühmte Künstlergesellschaft unter Direktion des Herrn

F. Strakosch

für zwei Vorstellungen, als:

Freitag den 12. November 1875,

Sonnabend den 13. November 1875

zu gewinnen.

Mitwirkende Künstler:

Mlle. Bianca Donadio,

Sopran, Primadonna des "Théâtre italien" in Paris.

Herr Paul v. Schlözer,

Piano-Virtuose.

Herr Benoit Hollander,

Solo-Violin-Virtuose des Königs von Holland.

Das Nähere bringen die Zeitungen.

Meldungen auf Billets werden entgegengenommen in der Hof-Buch- und Musikalienhandlung von Ed. Bote & G. Bock und im Bureau der polnischen Theater-Direktion.

Restaurant de Paris,

Berliner- u. Bismarckstrafen-Ecke.

Durch Engagement eines neuen guten Kochs werden von heute ab Abonnement-Mittage à 1 Mark 50 Pf. verabfolgt.

L. Guzman.

In unserem Verlage ist soeben erschienen:

Comptoir-Wand-Kalender

für 1876.

Im Dutzend 2 Mt. 40 Pf., einzeln 25 Pf.

Kleineres Format p. Obj. 1 Mt. 80 Pf., einzeln 20 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

Ein f. möbl. Zimmer ist zu vermieten St. Martin 67, Eingang Gr. Ritterstraße, 2 Tr. rechts.

Bergstraße 4

ist die erste Etage, bestehend aus 5 Z. Küche und Zubehör vom 1. Jan. 1876 zu vermieten.

1 fein m. Zimm. mit Burschengelaß für 12½ Thlr. Halbdorfstr. 39, 1 Et.

Bieler.

Frischen See-Dorsch, lebende Hechte u. Zander empfiehlt

S. Samter jun.,

Wilhelmsplatz 17.

Preuß. Loose 153. Lott. lauft. Preis-

offert. an S. J. Basch, Berlin C.

Wilhelmsstraße 9 ist ein

Laden

zu vermieten. Näheres bei

Jacob Appel.

Gesucht vom 1. Januar 1876 in der oberen Stadtgegend mit allem Komfort eingerichtete Wohnung von 5 Piecen. Valdige Offeren an Herrn B. Galland am Kanonenplatz 3 zu richten

Ein unmöbl. Zimmer 1. Etage n. v. m. sep. Eing. ist für 5 Thlr. monatl. sub. B. B. III an Haasestein & Vogler in Berlin SW zu Weiterbeförderung einrichten. (He. 14107)

Eine Wirthschafterin, erfahre u. aus guter Familie, sucht zum 1. Dezember oder sofort Stellung. W. S. postlagernd Pinne.

Ein Commis, welcher seit 4 Jahren in der Eisen- und Eisenwaren-Branche

tätig ist, dem gute Zeugnisse zur Seite stehen, sucht per 1. Januar oder später derartige Stellung.

Offeren beliebe man unter P. I.

100 Jarochin zu senden.

Ein Schadchen,

der einem seit 4 Jahren etablierten Kaufmann eine Partie aus guter Familie nachweisen kann, wolle gef. seine Adr. sub. B. B. III an Haasestein & Vogler in Berlin SW zu Weiterbeförderung einrichten. (He. 14107)

Family-Nachrichten.

Wanda Stiller,

geb. Lachmann,

Carl Viola,

Königlicher Distrikts-Kommissarius,

Berlobte.

Kobylin, im November 1875.

Cäcilie Kuttner,

geb. Davidsohn,

Simon Kuttner,

Bermahlte.

Posen, den 8. November 1875.

Gestern wurden wir durch die Geburt eines gesunden Knaben erfreut.

A. Schild

und Frau, geb. Fröhlich.

Wir wurden heute durch die Geburt einer muntern Tochter erfreut.

Posen, den 10. November 1875.

Samuel Auerbach und Frau.

Gestern Abend 2 Uhr wurde meine siebe Frau von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.

A. Aron

Schwarzenau.

Auswärtige Family-Nachrichten.

A. Aron

Schwarzenau.

Ein tüchtiger Brenner,

der schon mit dem continuirlichen

Henzel'schen Apparate mit Erfolg

gearbeitet und hierüber Zeugnisse

besitzt, wird sofort für eine größere

Brennerei verlangt. Adressen in

der Expedition dieser Zeitung unter

B. S. abzugeben.

Eine perfekte jüdische Köchin wird

zum sofortigen Antritt Graben Nr. 9

verlangt.

Ein junger Mann,

gut empf. und in der Getreidebranche

erfahren, kann sofort eintreten bei

S. A. Krueger,

(W. 210) Friedrichstr. 27.

Einen Lehrling

sucht

Gustav Heinze,

St. Martin 64/65.

Halt!!!

Damen von anständiger Familie

können an einem Kursus theilnehmen,

wo sie rasch und leicht das Zuschnitzen

und Verfertigen der Kleider

nach den neuesten Fagon erlernen.

Der neue Kursus beginnt mit dem

15. November.

Friedrichsstr. Nr. 11. Belle Etage.

Ein junger Mann